

Planfeststellungsverfahren nach den §§ 17 ff. des Fernstraßengesetzes (FStrG) i.V.m. den §§ 72 ff. des Landesverwaltungsverfahrensgesetzes (LVwVfG) für den Ausbau der Bundesstraße B 10 neu auf Gemarkung der Stadt Karlsruhe von der Landesgrenze zu Rheinland-Pfalz bis zum bestehenden Anschluss der Raffineriestraße an die B 10 (Südtangente) und Neubau eines Anschlusses an die DEA-Scholven-Straße und die Esso-Straße folgender Maßnahmen:

- Verlegung von DEA-Scholven-Straße, Esso-Straße, Raffineriestraße, Zufahrt zum Pionierhafen und Zufahrt zu einem Industriebetrieb,
- Neubau einer Rheinbrücke,
- Neubau einer Brücke über die Zufahrt zum Pionierhafen,
- Neubau einer Brücke über zwei Anschlussstellenrampen,
- Neubau einer Brücke über die Alb, einen Geh- und Radweg und ein Industrieleis,
- Neubau einer Brücke über einen Wirtschaftsweg,
- Anpassen der bestehenden Anschlussstelle Raffineriestraße (Ölkreuz),
- Neubau und Verlegung von Wirtschaftswegen und Geh- und Radwegen,
- Rekultivierung vorhandener Geh- und Radwege,
- Herstellung von Versickerungsflächen zum Versickern von gesammeltem Straßenoberflächenwasser,
- Breitflächige Ableitung und Versickerung von Straßenoberflächenwasser über
- das Bankett,
- Anlage von landschaftspflegerischen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen auf den Gemarkungen der Stadt Karlsruhe, der Gemeinde Eggenstein-Leopoldshafen und der Stadt Philippsburg-Huttenheim,
- Einbau von Amphibienabweisern,
- Errichtung einer Irritationsschutzwand,
- Anlage von Stützmauern zur Sicherung von Hochspannungsmasten,
- Sicherung und Verlegung von Ver- und Entsorgungsleitungen,
- Gebäudeabbruch

Das Gesamtprojekt erstreckt sich sowohl auf das Gebiet des Landes Baden-Württemberg als auch ein weiterer Planungsteil auf das Landesgebiet von Rheinland-Pfalz.

Das Regierungspräsidium Karlsruhe als Planfeststellungsbehörde hat mit Beschluss vom 15.09.2017, Az.: 24-0513.2 (B 10/18), den Plan für das oben beschriebene Straßenbauvorhaben festgestellt und die für die Durchführung des Vorhabens erforderlichen öffentlich-rechtlichen Gestattungen erteilt. Auf die im Planfeststellungsbeschluss enthaltenen Auflagen sowie die sonstigen Nebenbestimmungen und Maßgaben wird hingewiesen. Im Planfeststellungsbeschluss wurde über die erhobenen Einwendungen entschieden.

Je eine Ausfertigung des Planfeststellungsbeschlusses mit einer Rechtsbehelfsbelehrung und je eine Ausfertigung des festgestellten Planes liegen in der Zeit vom 17.10 bis einschließlich 30.10.2017 im

- Stadtplanungsamt der Stadt Karlsruhe, Lammstraße 7, 1. OG, Zimmer D 117, 76133 Karlsruhe und auch im Rathaus der Ortsverwaltung Neureut, Neureuter Hauptstraße 256-258, Bauamt, Zimmer 21, 76149 Karlsruhe
- Rathaus der Stadt Philippsburg, Rote-Tor-Straße 6-10, Bauamt, 1. OG im Flurbereich vor Zimmer 114, 76661 Philippsburg
- Bürgermeisteramt Eggenstein-Leopoldshafen, Friedrichstraße 32, im Foyer des Bau- und Liegenschaftsamts, 76344 Eggenstein-Leopoldshafen

während der Dienstzeiten zur Einsicht aus.

Der Planfeststellungsbeschluss wurde denjenigen, über deren Einwendungen entschieden worden ist, durch öffentliche Bekanntmachung gemäß § 74 Abs. 5 LVwVfG zugestellt.

Gegenüber den übrigen Betroffenen gilt er mit dem Ende der Auslegungsfrist als zugestellt.

Der Inhalt dieser Bekanntmachung ist auch auf der Internetseite des Regierungspräsidiums Karlsruhe www.rp-karlsruhe.de unter dem Pfad „Bekanntmachungen“ zugänglich gemacht.

Auf dieser Seite befindet sich auch der Link zu den eingestellten Planunterlagen und dem Planfeststellungsbeschluss. Maßgeblich ist allerdings der Inhalt der zur Einsicht ausgelegten Unterlagen.

Regierungspräsidium Karlsruhe

- Anhörungs- und Planfeststellungsbehörde -